

Unterstützung für Staudammprojekt

Nach der Zusage der Weltbank hat auch Deutschland Ende März 2005 dem seit zehn Jahren umstrittenen Staudammprojekt Nam Theun 2 in Nordlaos zugestimmt. Die Europäische Investmentbank wird Laos 55 Millionen US-Dollar leihen, die in Entwicklung, Konstruktion und Instandhaltung des Staudamms fließen sollen. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 30 Jahren. Die laotische Regierung will dieses Darlehen als Teil ihres Beitrages zur Nam Theun 2 Power Company verwenden, an dessen Konsortium sie zu einem Viertel beteiligt ist. Die Nam Theun 2 Power Company ist für die Durchführung des Projektes verantwortlich. Sie gehört einem Konsortium, das sich zu 35 Prozent zusammensetzt aus Electricité de France International, zu je einem Viertel aus der Laotischen Regierung und der thailändischen Elektrizitätsgesellschaft EGCO und zu 15 Prozent aus einem italie-

nisch-thailändischen Gemeinschaftsunternehmen.

Der Eigenbeitrag der laotischen Regierung wird von der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltbank mit langfristigen Krediten von jeweils 20 Millionen US-Dollar sowie von der Französischen Entwicklungsagentur AFD mit sechs Millionen US-Dollar finanziert.

Der 48 Meter hohe Nam-Theun-2-Staudamm soll in Zentrallaos am Theun-Fluss, einem Nebenfluss des Mekong, gebaut werden. Das 1,3 Milliarden US-Dollar teure Staudammprojekt soll bis 2009 fertig gestellt werden, geplant ist eine Kapazität von 1,07 Megawatt. Die laotische Regierung erhofft sich durch den Verkauf von Energie einen jährlichen Ertrag von bis zu 150 Millionen US-Dollar, der für die Entwicklung des Landes, vor allem im Bildungs- und Gesundheitssektor eingesetzt werden soll.

153 Nicht-Regierungsorganisationen aus 42 Ländern wandten sich an James Wolfensohn, den Präsidenten der Weltbank, um die Unterstützung des Staudamms zu verhindern, unter ihnen auch zahlreiche deutsche Organisationen. Deutschland stimmte dem Projekt jedoch Ende März zu. Noch-Weltbankchef James Wolfensohn argumentierte in der tageszeitung vom 5.4.2005, dass ohne die Unterstützung der Weltbank die negativen Auswirkungen mit ziemlicher Sicherheit größer seien. Das Staudammprojekt bedroht die Lebensgrundlage von fast 120.000 Menschen, 6.000 Menschen müssen umgesiedelt werden.

vgl. *The Nation* 2.5.2005,
www.epo.de 15.3.2005,
www.taz.de 05.4.2005

EU fördert Professionalität der Medien

Die Europäische Union (EU) unterstützt die Professionalisierung laotischer Medien. Zu diesem Zweck gab es im April 2005 einen Workshop zum Thema »Meinungsfreiheit und die Rolle der Medien«. Bei der Eröffnung des Workshops sagte Sandro Cerrato, Vorsitzender der Delegation der EU in Laos: »Die Diskussion sollte in einem weiteren Kontext der EU und der Arbeitsgruppe Laos gesehen werden, die im Gebiet der »Institutionenbildung« und Verwaltungsreformen, Staatsführung und Menschenrechte zusammenarbeiten. Um eine gute Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung der laotischen Medien zu gewährleisten, braucht die EU die Hilfe aller Teilnehmer.«

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und die Rolle der Medien sind laut Cerrato sensible und sehr kontroverse Themen.

Er hoffe aber, dass sich die Teilnehmer ehrlich äußern und die Gelegenheit nutzen, Ideen und Meinungen in einem informellen Klima auszutauschen.

Dem Workshop soll eine Analyse der aktuellen Situation folgen sowie Hinweise auf notwendige Verbesserungen, wichtige Themen und Vorschläge für Projekte, die die EU im Presse-, Informations- und Massenmediensektor in Laos unterstützen kann. Ergebnisse der Tagung haben gute Chancen, in Kürze verwirklicht zu werden.

Laut Houmpheng Sinpaseuth, Leiter des Kultur- und Informationsministeriums, sollen Journalisten mit ihrer Arbeit Regierungs-Richtlinien und den sozioökonomischen Entwicklungsplan unterstützen. Journalisten hätten in der Vergangenheit mitgeholfen, nationale Ziele wie die Bekämpfung der Armut und die ländliche Ent-

wicklung zu verwirklichen. Er wies darauf hin, dass die Medien in Laos noch einiges vor sich haben, bezeichnete aber die bisher erzielten Verbesserungen als zufrieden stellend.

Teilnehmer der französischsprachigen Zeitung *Le Renouveau* und des staatlichen Radios wünschten sich journalistische Trainingskurse in Laos. Ihrer Meinung nach könnte durch solche Kurse die Qualität ihrer Arbeit erheblich verbessert werden. Die Journalistenausbildung in Laos ist nicht institutionell gebunden. Es werden keine theoretischen Grundlagen vermittelt, journalistische Fähigkeiten werden als »learning by doing« während des Arbeitens erworben.

vgl. *www.vientianetimes.org*
9.5.2005

nachrichten

In Uninähe sollen Kneipen schließen

Phouvieng Bounsrili, der Vize-Gouverneur des Distriktes Xaythany, in dem die Universität Dong Dok liegt, beschwert sich über Bier trinkende Studenten: »Anstatt in die Universität zu gehen, trinken die Studenten Bier. Es ist nicht zu verantworten, dass sie ihre Zeit mit Trinken verschwenden. Außerdem macht es einen schlechten Eindruck auf die Anwohner der Gegend, die Bars und Kneipen voller uniformierter und Bier trinkender Studenten sehen.«

Deshalb sollen jetzt auf Drängen der Regierung sechs Kneipen, zwei Karaokebars und eine Diskothek geschlossen werden. Laut Phouvieng ist nicht nur die Trinkerei ausschlaggebend für die Schließungen, sondern auch die oftmals ausbrechenden Streitereien und die Verkehrsstaus, wenn die Studenten in großen Gruppen die Kneipen auf einmal verlassen.

Rund um die Universität gibt es circa 40 solcher Bars und Kneipen. Phouvieng ist jedoch zuversichtlich, dass die verbliebenen Bars keine solche Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben, da sie »nicht so groß seien und auch nicht dieselbe Atmosphäre besäßen« wie die dicht gemachten Kneipen.

Die *Vientiane Times* zitiert einen der Barbesitzer: »Wenn wir schließen sollen, haben wir keine andere Wahl als zu akzeptieren. Aber wir werden die Behörden um eine Stellungnahme bitten und sie fragen, warum nicht für alle Kneipen dieselben Regeln gelten. Sollten diese überschritten werden, können die Behörden immer noch einschreiten. Schließlich ist niemand perfekt«

vgl. *www.vientianetimes.com*
13.5.2005

nachrichten

Soubanh Srithirath, Vorsitzender der nationalen Drogenkontrollkommission, erklärte Luang Prabang im Norden von Laos zur Opiumfreien Zone. Auch Somphet Thipmala, Leiter der Sonderverwaltungszone Xaysomboun erklärte, dass der Opiumanbau komplett beseitigt worden sei. Das bringt Laos seinem Ziel bis Ende 2005 Opiumfrei zu sein, ein ganzes Stück näher. Xaysomboun war eines der Hauptopiumanbaugebiete in Laos. Jahrzehnte litten die Bewohner nicht nur unter schmerzhaften und schlechten Bedingungen in Folge des Krieges, sondern

auch unter der Sklaverei des Opiums: Illegaler Anbau für den Eigenbedarf und für den Verkauf waren zur vertrauten Gewohnheit geworden. Laut Thipmala behinderten Drogen die sozioökonomische Entwicklung. Durch die Ausrottung des Opiumanbaus haben die Menschen in Xaysomboun wieder ein besseres Ansehen, und ihr Lebensstandard wird wiederhergestellt. Die gebirgige und nur schwer zugängliche Provinz Xaysomboun besteht aus den drei Bezirken Xaysomboun, Thathom und Phoun, die zusammen 4.910 Quadratkilometer umfassen. In der Provinz leben 34.000 Menschen in 83 Dörfern. 2001 bauten die Bewohner von 27 Dörfern auf einer Fläche von 521 Hektar Opium an. In den letzten Jahren wurden Beamte in die Dörfer geschickt, um die Leute über die Drogenrichtlinien der Regierung und Lösungsansätze sowie Gesetze über Dro-

genmissbrauch und -anbau aufzuklären. Jede Familie musste den Erlass, kein Opium mehr anzubauen, unterzeichnen. Zuwiderhandlungen wurden mit Bußgeldern und der Zerstörung der Opiumfelder geahndet. Die Anzahl der Haushalte, die Opium anbauen, verringerte sich jedes Jahr um 35 bis 50 Prozent bis hin auf Null im Jahr 2003. Auch Haushalte, die zum Eigengebrauch anbauen, gebe es seit Ende 2004 nicht mehr, so Vizeleiter Khamsing Daxaophuan. Die Zone wird jedes Jahr einer Prüfung unterzogen, ob die Einwohner sich auch an ihren Vertrag halten.

Srithirath sagte: »Der Erfolg in dieser Provinz steht für die Rechtschaffenheit der Strategie, die auf dem siebten Parteikongress 2001 angenommen wurde.« Er fügte hinzu, dass die Wertschätzung für die Partei sich dadurch noch verstärkte.

Laos hatte sich in den letzten fünf Jahren sehr bemüht, die Schwierigkeiten und Herausforderungen zu überwinden, um das Ziel der landesweiten Opiumausrottung zu erreichen. Srithirath warnte, dass die schwere Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung in den Opiumfreien Zonen noch bevorstehe. Damit gemeint sind die Einhaltung der Opiumfreien Zonen und die Verbesserung der Lebensbedingungen der ehemaligen Opiumbauern, für die Einkommensalternativen gefunden werden müssen. Weiterhin forderte er dazu auf, die Probleme zu benennen und zu lösen, damit ehemalige Opiumabhängige nicht heimlich wieder mit dem Opiumanbau anfangen oder auf andere Drogen wie Amphetamine umsteigen.

vgl. www.vientiantimes.com

16.5.9.5.2005

Anti-Korruptions-Gesetz

Die Nationalversammlung berät über einen Gesetzesentwurf für ein Anti-Korruptions-Gesetz, der mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen wird. Sollte das Gesetz in Kraft treten, werden Staatsbeamte ihren gesamten Besitz und den ihrer Familien einem Überwachungsgremium mitteilen müssen. Artikel 21 des Gesetzesentwurfes legt fest, welche Angaben genau gemacht werden müssen, dazu gehören Besitztümer wie Häuser, Land, Wertgegenstände und Einkommen und Ausgaben der gesamten Familie. Die Regierung wird verschiedene Kategorien und Prozeduren zur Erklärung der Besitztümer festlegen.

Beamte auf Zentralebene werden ihren Besitz der staatlichen Untersuchungsorganisation offen legen, während Beamte auf lokaler Ebene lokalen Komitees der Organisation Rechenschaft ablegen. Das neue Gesetz besteht aus zehn Kapiteln und 48 Artikeln, es legt unter anderem die Aufgaben der nationalen Untersuchungsorganisation fest.

Laut Artikel 28 hängen die zu ergreifenden Maßnahmen von der Ernsthaftigkeit der Situation ab. Wird die Situation als nicht ernsthaft eingeschätzt, genügen Verwarnungen. Ernstere Fälle sollen verurteilt werden.

»Bestehende Verordnungen waren bisher nicht ausreichend, Gesetzesbrecher zu bestrafen oder staatliche Besitztümer, die unterschlagen wurden, zurückzufordern«, so Langsy Sibounheuang, Vize-Präsident der nationalen Untersuchungsorganisation. Er bezeichnet das Gesetz als sehr wirkungsvoll, weil es Korruption und Fehlverhalten in Korruptionsfällen exakt definiert und dadurch die Kontrolle erleichtert.

Das Gesetz ist das erste Gesetz, das Regeln und Maßnahmen gegen Korruption enthält mit dem Ziel, staatlichen und privaten Besitz vor Unterschlagung und Betrug zu schützen. Es erleichtert die Bestrafung korrupter Handlungen, sichert Transparenz in staatlichen Organisationen und

Diskussion zu Entwicklungsplänen

Im Vorfeld der siebten Sitzung innerhalb der fünften Legislaturperiode der Nationalversammlung trafen sich der Ständige Ausschuss der Nationalversammlung und Regierungsmitglieder Ende April 2005, um wichtige Themen zu diskutieren.

Lobenswerte Erwähnung fand der zehnte ASEAN-Gipfel, der Ende letzten Jahres in Vientiane stattgefunden hatte. Durch den Gipfel sei die internationale Kooperation verstärkt und die Stellung Laos' in der Region und auf internationaler Ebene gestärkt worden.

Japan hat im Rahmen ökonomischer Kooperationsverträge ein Darlehen zur Installation elektrischer Kabel und zum Brückenbau zugesagt. Ein

ermöglicht jederzeit Untersuchungen. So soll die friedliche und gerechte sozioökonomische Entwicklung des Landes vorangebracht werden. Für Kommentare und Fragen wurde eine Hotline eingerichtet.

vgl. www.vientianetimes.com

11.5.2005

malaysisches Unternehmen unterzeichnete einen Vertrag, den Staudamm Nam Theun 1 zu bauen. Der wichtigste Punkt war die Zusage der ASEAN-Länder, mehr in Laos zu investieren, vor allem im Elektrizitätssektor. Die Zusage der Weltbank zur Finanzierung des Staudamms Nam Theun 2, die zur Realisierung des Baus beiträgt, wurde sehr positiv bewertet, ebenso die erfolgreichen Verhandlungen über normale Handelsbeziehungen zu den USA. »Alle diese Ergebnisse tragen zur sozioökonomischen Entwicklung des Landes bei«, so Bouasy Lovanxay, Vorsitzender des Finanz- und Planungskomitees. Die Umsetzung des sozioökonomischen Entwicklungsplans für die ersten sechs Monate wurde jedoch nicht eingehalten. Die staatlichen Einnahmen in den ersten sechs Monaten erreichten nur 41 Prozent des anvisierten Ziels, während die Ausgaben 45 Prozent der geplanten Summe ausmachten.

vgl. www.vientianetimes.com

27.5.2005